

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Protokolls Nr. 15  
zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

**Vom 3. Mai 2021**

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 2. Dezember 2014 (BGBl. 2014 II S. 1034, 1035) zu dem Protokoll Nr. 15 vom 24. Juni 2013 zur Konvention vom 4. November 1950 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel 7 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. August 2021  
in Kraft treten wird.

Die deutsche Ratifikationsurkunde wurde am 15. April 2015 beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

II.

Ferner wird das Protokoll Nr. 15 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten am 1. August 2021 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Albanien  
Andorra  
Armenien  
Aserbaidschan  
Belgien  
Bosnien und Herzegowina  
Bulgarien  
Dänemark\*  
nach Maßgabe einer territorialen Erklärung in Bezug auf die Färöer und Grönland  
Estland  
Finnland  
Frankreich  
Georgien  
Griechenland  
Irland  
Island  
Italien  
Kroatien  
Lettland  
Liechtenstein  
Litauen  
Luxemburg  
Malta  
Moldau, Republik  
Monaco  
Montenegro  
Niederlande\*  
nach Maßgabe einer territorialen Erklärung in Bezug auf den europäischen Teil, den karibischen Teil, sowie auf Aruba, Curaçao und St. Martin

Nordmazedonien  
Norwegen  
Österreich  
Polen  
Portugal  
Rumänien  
Russische Föderation  
San Marino  
Schweden  
Schweiz  
Serbien  
Slowakei  
Slowenien  
Spanien\*  
nach Maßgabe einer territorialen Erklärung in Bezug auf Gibraltar  
Tschechien  
Türkei  
Ukraine  
Ungarn  
Vereinigtes Königreich  
Zypern.

---

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter [www.conventions.coe.int](http://www.conventions.coe.int) einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Protokoll zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 3. Mai 2021

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick